



# der rechte **rand**

---

**magazin** von und für antiraschistInnen

**RASSISTEN**  
**AUF DEM VORMARSCH**

H 8040 F  
ISSN 1619-1404  
27. Jahrgang  
Nummer 160  
Mai | Juni 2016  
3,50 Euro

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

die Wahlsiege der »Alternative für Deutschland« (AfD) haben wir – wie viele andere auch – befürchtet, hatten aber auch gehofft, das Blatt würde sich noch wenden. Nun sitzt die extrem rechte Partei in zahlreichen Kommunal- und Landesparlamenten, bekommt MitarbeiterInnen und Finanzmittel gestellt und kann das politische Klima in Deutschland immer stärker mitbestimmen. Eins steht fest: Der Rechtsruck der AfD hat ihr nicht geschadet.

Wer Flüchtlingsheime anzündet oder MigrantInnen angreift, kann damit rechnen, straffrei davon zu kommen. Medien haben kürzlich gemeinsam mit der Amadeu Antonio Stiftung die Zahlen aus 2013 und 2014 ausgewertet: 93 Prozent aller rassistischen und extrem rechten BrandstifterInnen und GewalttäterInnen wurden nicht bestraft. Gerade einmal zwei aus 100 kamen für ihre Taten ins Gefängnis. Und drei Viertel der TäterInnen wurden gar nicht erst ermittelt.

Dass fünf Neonazis aus Freital (Sachsen) am 19. April von einem GSG 9-Kommando in Haft genommen wurden, ist vor diesem Hintergrund eine absolute Ausnahme. Drei weitere saßen bereits in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft wirft den Rechten vor, Mitglieder einer »Bürgerwehr« zu sein, die für rechten Terror in der sächsischen Klein-

stadt verantwortlich sein sollen. Auf ihr Konto sollen drei Sprengstoffanschläge gehen. Freital ist im vergangenen Jahr zu einem Schauplatz rechter Angriffe und Aufmärsche gegen MigrantInnen – insbesondere Geflüchtete – und Linke geworden, unterfüttert von einer rassistischen Stimmung in der Bevölkerung. Auch wenn die Bundesanwaltschaft mit den Ermittlungen gegen die Freitaler Neonazis Hoffnungen macht, die miese Aufklärungsquote der Justiz etwas aufzubessern, ist der Umgang mit der rechten Gewalt in der Stadt untragbar: Unter den Augen der lokalen Polizei und Justiz konnte sich die Gruppe radikalisieren und die Betroffenen terrorisieren. Ob es über die acht Beschuldigten hinaus noch weitere Strukturen oder Netzwerke gibt, ist eine weitere ungeklärte Frage. Die Aktion der Bundesanwaltschaft und der GSG 9 sollte auch als Statement in Richtung der erfolglosen Strafermittlungs- und Verfolgungsbehörden im Freistaat Sachsen gewertet werden.

Wenn es dabei bleibt, dass der Generalbundesanwalt alle halbe Jahre ein Verfahren gegen rechte GewalttäterInnen übernimmt, die restlichen jedoch davon ausgehen können, zu den glücklichen 93 Prozent zu gehören, dann wurde hier noch nicht einmal die Spitze des Eisbergs angekratzt.

### Seite 3

1. Mai

4

### Schwerpunkt

Programmparteitag

7

Drei Jahre Rechtsruck

8

Übersicht I: AfD in den Landtagen

10

Der Programmentwurf

12

Sachsen-Anhalt

14

Brandenburg

16

Thüringen

18

Bremen

20

Hamburg

21

Sachsen

22

Baden-Württemberg

24

Übersicht II: AfD in Hessen

25

Berlin

26

Mecklenburg-Vorpommern

27

Niedersachsen

28

### kurz und bündig

30

### Musik

Etablierte Erlebniswelten

32

### Rezensionen

34

# Vom Pfeifen im Walde

von Volkmarr Wölk

»Wir sind viele, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut«, tönte es sehr lautstark durch die Straßen Wurzens. Die Landesverbände der NPD und JN hatten zu ihrer 1. Mai-Demonstration in jene nordsächsische Kleinstadt gerufen, die über Jahre den Ruf einer »national befreiten Zone« hatte. Hier hatte die NPD erfolgreich die Jugendkultur dominiert, hatte die Stadt zu einer Angstzone für politische GegnerInnen und unangepasste Jugendliche gemacht, hier hatte sie ihre ersten kommunalpolitischen Erfolge in Sachsen gefeiert. Dass der NPD der zweimalige Einzug in den sächsischen Landtag gelingen konnte, war nicht zuletzt ihrer Rolle in Provinzstädten wie Wurzen zu verdanken.

Die Lautstärke stimmte also bei diesem Aufmarsch. Allerdings lag das vor allem an der guten Lautsprecheranlage. Die Behauptung »Wir sind viele« war allerdings unzutreffend. Die Zählung des Zuges war denkbar einfach: exakt 105 NPD-AnhängerInnen hatten sich auf dem Weg in die Stadt gemacht. Ein schlicht desaströses Mobilisierungsergebnis.

Das Ausmaß des Misserfolges wird noch deutlicher, wenn zwei weitere Faktoren in Sachsen berücksichtigt werden. Einerseits demonstrierte die militant-neonazistische Kleinpartei »Der III. Weg« in Plauen. Rund 700 Personen nahmen an diesem Aufmarsch teil, lieferten sich teilweise militante Auseinandersetzungen mit der Polizei und jenem Teil des politischen Spektrums, der Widerstand nicht auf Mahnwachen beschränkt wissen wollte. Andererseits sprach SPD-Justizminister Heiko Maas bei der DGB-Kundgebung in Zwickau – und wurde schlicht von der deutlichen Mehrheit der Anwesenden mit bekannten Parolen wie »Volksverräter« niedergebrüllt. Verursacher dieser Kaperung einer politischen Veranstaltung waren lokale Gruppen aus dem GIDA-Spektrum wie das »Bürgerforum Zwickau« oder die »Heimattreuen Niederdorf«.

In Sachsen ist die Lage inzwischen so, dass jeder örtliche PEGIDA-Ableger fähig ist, in kurzer Zeit mehr Menschen auf die Beine zu bringen als die NPD mit ihrer Organisationskraft und -erfahrung. Der personelle Aderlass war auch in Wurzen nicht zu übersehen. Maik Scheffler, ehemals Landesgeschäftsführer der Partei, tourt inzwischen als Aussteiger von Veranstaltung zu Veranstaltung. Der ehemalige Landesvorsitzende Holger Szymanski? Verstoßen mit Schimpf und Schande! Der ehemalige Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Mario Löffler? Ausgetreten. Der Leipziger Kreisvorsitzende und einzige NPD-Stadtverordnete Enrico Böhm? Ausgeschlossen! Ein Teil der wenigen noch verbliebenen Mitglieder deshalb ausgetreten. Faktisch nicht mehr existent auch die beiden ostsächsischen Kreisverbände Görlitz und Bautzen. Die Regionen Vogtland und Erzgebirge werden zunehmend von »Der III. Weg« dominiert. Trotzdem – die sächsische NPD verbreitet eifrig Erfolgsmeldungen. Sogar

amtlich bestätigt sei es, dass und wie erfolgreich und gefährlich sie sei. Das Material für diese Prahlerei liefert ihr ausgerechnet das Landesamt für Verfassungsschutz, einmal mehr seine Unfähigkeit einer einigermaßen sachgerechten Analyse der politischen Entwicklung unter Beweis stellend. Triumphierend zitiert die NPD aus dem Jahresbericht der Schlapphüte für 2015. Die Partei sei »die aktivste Kraft innerhalb der rechtsextremistischen Szene und auch die maßgebliche Triebkraft bei der rechtsextremistischen Anti-Asyl-Agitation«.

Und weiter: »Insgesamt 105 der 146 bekannt gewordenen öffentlichen Aktivitäten von Rechtsextremisten in Sachsen, wie Demonstrationen, Kundgebungen oder Informationsstände, wurden im Berichtsjahr durch die NPD und ihre Jugendorganisation organisiert bzw. organisatorisch unterstützt.« Die NPD habe sich »zu einem wesentlichen Motor der fremdenfeindlichen Agitation im Freistaat Sachsen entwickelt. Es gelang ihr, mit ihrer subtilen Taktik in verschiedenen Regionen mitunter Zustimmung und Anschluss im regionalen bürgerlichen Lager zu finden.«

Besonders gewürdigt wird der neue Landesvorsitzende Jens Baur (Dresden), der als »eine treibende Kraft« bezeichnet wird.

Beeindruckende Zahlen: 105 von der NPD durchgeführte oder maßgeblich unterstützte öffentliche Aktionen. Tot scheint die Partei also noch nicht zu sein. Allerdings ist die Lage in Sachsen inzwischen erstens so, dass bislang nicht aktive RassistInnen nunmehr bei jeder entsprechenden Demonstration auflaufen, egal ob die NPD an der Spitze steht oder ein anderer Verein. Das kann der NPD natürlich bei ihren Reorganisationsversuchen nützen. Allerdings nur dann, wenn sie die Kraft hat, das sympathisierende Umfeld längerfristig an sich zu binden. Genau dort liegt allerdings das Manko. Zum zweiten relativieren sich diese Zahlen noch zusätzlich dadurch, dass sie vom »Verfassungsschutz« kommen, also schlicht falsch sind. Mehr als 700 rassistische Aufmärsche und Kundgebungen hat es im vergangenen Jahr in Sachsen gegeben. Die rassistische Welle in Sachsen benötigt wahrlich keinen zusätzlichen Anschub durch die NPD. So muss davon ausgegangen werden, dass der Geheimdienst die Rolle der NPD nur deshalb hervorhebt, weil diese von Bedeutung sein muss, wenn das Bundesverfassungsgericht sie verbieten soll. Ein maroder Haufen taugt dazu nicht.

Ist die NPD also eigentlich schon tot? Selbstverständlich nicht. Vier Prozent bei den Umfragen in Mecklenburg-Vorpommern lassen den Wiedereinzug in den Landtag als möglich erscheinen. Und dort, wo die lästige rassistische Konkurrenz von der AfD fehlt – zum Beispiel in Büdingen und Wetzlar –, wird sie auch gewählt. Zugegeben: Die Krise der NPD ist eine tiefe. Aber Krisen hat sie in ihrer langen Geschichte schon viele überlebt.



▲ Vorsitzender Frank Franz (links) und Klaus Beier präsentieren das Wahlplakat der NPD



# Rechte Militanz am 1. Mai

In Berlin, Bochum, Erfurt, Plauen, Schwerin und Weimar marschierte am 1. Mai die militante Neonazi-Szene. 1.700 TeilnehmerInnen kamen und wendeten teils massive Gewalt an. In Zwickau störten Rechte die Rede von Bundesjustizminister Heiko Maas auf einer Gewerkschaftskundgebung.

von Robert Andreasch, Toni Brandes, Kai Budler und Ernst Kovahl



^ 1. Mai: Aufmarsch von »Der III. Weg« in Plauen

Seit Jahren ist der 1. Mai für die militante Neonazi-Szene ein wichtiger Termin für Aufmärsche und Kundgebungen. Bundesweit gingen dieses Jahr etwa 1.700 Neonazis auf die Straßen – weniger als im vergangenen Jahr, und etwa so viele wie in den Jahren 2013 und 2014. Doch an die hohen TeilnehmerInnenzahlen aus früheren Jahren kommt die rechte Szene derzeit nicht heran. 2007 und 2010 gingen beispielsweise über 4.000 Menschen zu Aufmärschen und Kundgebungen der extremen Rechten. Auch dieses Jahr trat die Szene zersplittert auf, eine gemeinsame Mobilisierung wird offenbar nicht einmal versucht. Über lange Zeit war es vor allem die NPD, die am 1. Mai Mobilisierungserfolge vorweisen konnte. Doch seit 2011 haben die Strukturen von »Kameradschaften« und »Autonomen Nationalisten« sowie die militanten Kleinstparteien »Die Rechte« und »Der III. Weg« das Zepher übernommen. Beide mobilisieren ein extrem gewaltaffines Spektrum der Szene.

Während die NPD ihren zentralen Aufmarsch in Schwerin im Vorfeld des Landtagswahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern unter das schlichte Motto »Für Volk und Heimat« stellte, setzte die konkurrierende Neonazi-Partei »Der III. Weg« bei der Mobilisierung für ihre Veranstaltung im sächsischen Plauen auf NS-Rhetorik und -Ästhetik. »Arbeiterkampftag« nennt sich die extra geschaltete Website in martialischer Aufmachung, ein sehr muskulöser Arbeiter mit einem schweren Vorschlaghammer zielt das Plakat. Der Slogan: »Kapitalismus zerschlagen. Für einen deutschen Sozialismus«, und: »Arbeit adelt«. Ganz Ähnliches bei der Partei »Die Rechte«. In ihrem Aufruf zum Aufmarsch im thüringischen Erfurt zeigte sich deutlich, was ihren »deutschen Sozialismus«, ihren vermeintlichen

»Antikapitalismus von rechts« ausmacht. Antikapitalistisch und sozialistisch ist daran nämlich gar nichts. Stattdessen die rassistische Forderung nach Arbeit zuerst für Deutsche »bevor nur ein einzelner Asylant eine Vollzeitbeschäftigung erhält«, Kritik an »raubtierkapitalistischer Gier« ausländischer Konzerne statt an kapitalistischer Ausbeutung an sich und die Forderung nach einer Versöhnung von Arbeit und Kapital für »eine wirtschaftlich starke Nation« und den »Fortbestand unserer deutschen Nation«. Und, so »Die Rechte«: »Wir huldigen mit allergrößter Achtung und Respekt all die (sic!) Unternehmen, die (...) deutsche Arbeitsplätze erhalten.«

Blickt man in die Geschichte der Neonazi-Aufmärsche am 1. Mai der vergangenen zehn Jahre, fällt die hohe Kontinuität von Gewalt gegen AntifaschistInnen, gegen JournalistInnen und gegen die Polizei sowie von Überfällen auf Gewerkschaftskundgebungen auf – auch dieses Jahr kam es in Berlin, Erfurt, Plauen und Weimar zu Angriffen. Flaschen, Steine und Böller flogen, Absperungen wurden überrannt. Vom lang gepflegten Mythos der »ordentlichen und friedlichen« Rechten muss sich die Gesellschaft verabschieden. Nach über einem Jahr Hetze gegen »rot-grün versifften linke '68er« und der Imaginierung des Ausnahmezustands aufgrund von Flüchtlingen sehen sich organisierte Neonazis als Speerspitze des »Volkswillens«.

## NPD: Berlin, Bochum und Schwerin

Die NPD rief bundesweit zu drei Aufmärschen und Kundgebungen auf. Dabei lag der Fokus auf dem beginnenden Wahlkampf in Mecklenburg-

Vorpommern, wo am 4. September der Landtag neu gewählt und die Partei ihre letzte Fraktion verteidigen muss. Die zentrale Veranstaltung fand unter dem Motto »Für Volk und Heimat« in Schwerin mit 450 TeilnehmerInnen statt. Neben der lokalen Parteiprominenz, wie dem örtlichen Kreisvorsitzenden Andreas Theißen, dem Landesvorsitzenden Stefan Köster sowie dem Vorsitzenden der NPD-Landtagsfraktion von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, trat auch der Bundesvorsitzende der Neonazi-Partei Frank Franz an das Mikrofon. Als internationaler Gast war Stefan Jacobsson, der schwedische Generalsekretär der »Alliance for Peace and Freedom«, ein Zusammenschluss extrem rechter Parteien im Europäischen Parlament, in Schwerin auf der Bühne mit dabei. In den Reden legten die Parteifunktionäre Wert darauf, das »auf Parteebene einzig und allein die NPD eine Alternative für Deutschland« sei. Ein unmissverständlicher Hinweis auf die konkurrierende »Alternative für Deutschland«, deren Erfolg den Wiedereinzug der NPD in den Landtag verhindern könnte.

Auch in Berlin – hier wird am 18. September das Abgeordnetenhaus neu gewählt – ging die NPD auf die Straße. Gleich drei Kundgebungen hatte die Partei angemeldet. Eine am Antonplatz in Weißensee, eine am Prerower Platz in Hohenschönhausen und schließlich am Bahnhof Schöneweide. Aufgerufen hatte der Landesvorsitzende der Berliner Partei, Sebastian Schmidtke, unter dem Motto: »Soziale Absicherung für das eigene Volk!«. Doch dem Ruf folgten nur wenige Menschen – die Kundgebungen zählten jeweils nur etwa 50 TeilnehmerInnen. Mehr Zuspruch erhielt der Aufmarsch der NPD im nordrhein-westfälischen Bochum. 180 TeilnehmerInnen versammelten sich hinter dem Transparent »Raus aus dem Euro« und hörten die Reden lokaler Parteifunktionäre, wie die des Landesvorsitzenden Claus Cremer. Aber auch das NPD-Präsidiumsmitglied Andreas Storr trat im Ruhrgebiet auf. Aufgrund einer Blockade durch AntifaschistInnen konnte die NPD jedoch ihre geplante Aufmarschroute nicht vollständig laufen und musste eine Abkürzung hinnehmen. Im sächsischen Wurzen hatte die NPD und deren Jugendorganisation, die »Jungen Nationaldemokraten« (JN), zu einem Aufmarsch unter dem Motto »Grenzen dicht – Migranten sind die Armee des Kapitals« aufgerufen. Hier kamen rund 100 Neonazis.

### »Der III. Weg« in Plauen

Im sächsischen Plauen mobilisierte die Initiative »Wir sind Deutschland« zuletzt mit Zustimmung des Bürgermeisters regelmäßig Tausende für rassistische Proteste. Parallel bauen hier Neonazis der Partei »Der III. Weg« um Tony Gentsch und Rico Döhler ihren »Stützpunkt Vogtland« aus. Nach 2014 wählten sie nun erneut das zwischen Thüringen, Sachsen und Bayern, dem Stammland der Partei, gelegene Plauen für ihren Aufmarsch am 1. Mai aus.

Etwa 700 Neonazis sammelten sich am »Oberen Bahnhof« und begannen ohne Redebeiträge nach längerer Wartezeit ihren Aufzug in die Stadt. Vorn liefen die »Rothemden«, die mit den roten Solidaritäts-T-Shirts der Partei »Der III. Weg« uniformierten Mitglieder und SympathisantInnen der Neonazipartei. Es folgten etwa 250 zusammengewürfelte AkteurInnen der sogenannten »Freien Kräfte«, unter ihnen auch ehemalige Mitglieder der »Weiße Wölfe Terrorcrew« und der Vogtländer »Deutschen Bruderschaft«. Am Ende des Aufmarsches liefen 200 zum Teil bizarr verummte Neonazis, verborgen hinter bunten Regenschirmen und Transparenten im Block des »Antikapitalistischen Kollektivs«. Nach wenigen Metern marschierten die Teilnehmenden an »Kameraden« mit brennenden Bengalos vorbei über eine am Boden ausgelegte EU-Fahne. Die Neonazis zeigten sich von Beginn an aggressiv, dennoch blieb das Polizeiaufgebot zunächst gering. Als die Einsatzleitung unter dem Druck antifaschistischer Proteste die Neonazis nach einem Drittel der Wegstrecke zurückschicken wollte, akzeptierte das als Leitung des Aufmarsches auftretende Quartett aus Parteichef Klaus Armstroff, Gentsch, Döhler und Matthias Fischer das nicht. Über den Lautsprecherwagen drohten die

Neonazis mit einer Eskalation »wie in Saalfeld«. Dort hatten beim Aufmarsch der Partei »Der III. Weg« am 1. Mai 2015 hunderte Neonazis versucht, aus der Polizeibegleitung auszubrechen und zu den antifaschistischen Gegenaktionen vorzustoßen. Kurz nach ihrer Ankündigung erklärten Gentsch und Co. ihren Aufmarsch in Plauen für aufgelöst. Sofort rannten hunderte Neonazis in Richtung der geplanten Aufzugstrecke, bewarfen die Polizei mit Flaschen, Latten, Stangen und Holzschildern und schlugen mit umgedrehten Fahnenstangen zu. Am Rande wurde eine Frau bewusstlos geschlagen. Die hastig verstärkten Polizeikräfte brachten die tobenden AngreiferInnen mit Pfefferspray und zwei Wasserwerfern wieder unter Kontrolle. Zu einer nennenswerten Zahl von Personalienfeststellungen oder gar Festnahmen kam es jedoch nicht – im Gegenteil: Die Neonazis durften geschützt von der gerade noch angegriffenen Polizei auf einer angemeldeten Spontandemonstration zum Oberen Bahnhof zurückmarschieren.

### »Die Rechte« in Erfurt und Weimar

250 Neonazis folgten dem Aufruf der neonazistischen Kampagne »Tradition verpflichtet« aus dem Umfeld der Partei »Die Rechte« (DR) zum Aufmarsch nach Erfurt. Sie kamen aus Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Anmelder war Michel Fischer, der DR-Landesorganisationsleiter aus Thüringen. Der Lautsprecherwagen war mit einem Banner der »Europäischen Aktion« versehen, die TeilnehmerInnen skandierten »Frei, sozial und national« und »Alles für Volk, Rasse und Nation«. Wiederholt beschimpften sie GegendemonstrantInnen und versuchten, zu ihnen zu gelangen. In seiner Rede warb Alexander Kurth (DR) aus Sachsen für gemeinsames Handeln der Neonazi-Szene: »Seien wir ehrlich, einzeln haben wir bislang einen Scheißdreck erreicht.« Nach ihm sprachen die DR-Funktionäre Michael Brück (Nordrhein-Westfalen), Dan Eising (Bayern) sowie der stellvertretende Bundes- und Landesvorsitzende der Partei in Sachsen-Anhalt, Roman Gleißner. Jennifer Rodrian vom »Nationalen Kollektiv Anhalt« aus Bitterfeld beschimpfte in ihrer Ansprache GegendemonstrantInnen sowie die Polizei und erklärte, der Widerstand werde auf der Straße und nicht in den Parlamenten entschieden. Nachdem Fischer lauthals forderte »Alle wehrfähigen Männer nach vorn!« flogen Flaschen und Böller aus dem Aufmarsch auf die Polizei und in eine Gegenkundgebung. Die Einsatzkräfte setzten Pfefferspray und Schlagstöcke ein. Zum Abschluss sprachen noch die Schwerinerin Stefanie Karsten (DR), Matthias Fiedler von der NPD im thüringischen Eichsfeld sowie Sascha Krolzig aus dem Bundes- und Landesvorstand der DR in Nordrhein-Westfalen. Die beiden »Liedermacher« Maik Sundermann und Björn Pessel traten auf einer Zwischenkundgebung als Duo unter dem Namen »Unbelehrbar« auf. Als Fischer die Versammlung nach zweieinhalb Stunden beendete, kam es zu Handgreiflichkeiten gegen PolizeibeamtInnen, die wegen Straftaten Personalien aufnahmen. Für die Neonazis ein Fall von »Polizeigewalt«. Sie meldeten daraufhin im nahen Weimar eine »Spontandemonstration« an. Für den 1. Mai 2017 kündigte Fischer bereits einen Aufmarsch in Halle an.

### Zwickau

Im sächsischen Zwickau musste behelmte Polizei am 1. Mai die Rede des Bundesjustizministers Heiko Maas (SPD) auf einer Kundgebung des »Deutschen Gewerkschaftsbundes« (DGB) vor etwa 200 Rechten schützen – optisch eine Mischung »besorgter Bürger« und eindeutiger Neonazis. Die Menge bedrängte den Politiker und skandierte »Volksverräter!«, »Linke Ratte!« und »Wir sind das Volk!«. Auf Schildern stand unter anderem »Wir sind das Pack«, ergänzt um Symbole durchgestrichener Moscheen. Eigentlich hatte der Bundeswirtschaftsminister und SPD-Chef Sigmar Gabriel in Zwickau sprechen sollen, der die rassistischen BürgerInnen in Heidenau als »Pack« bezeichnet hatte. Er hatte kurzfristig abgesagt. Im Internet feierten Rechte die Aktion als »völkischen Aufstand«.





Stuttgart - Hamburg ...

**Sicherheit für unsere  
Mütter und Töchter!**

**Jetzt AfD ~~☒~~ wählen**

[Sicherheitundfreiheit.de](http://Sicherheitundfreiheit.de)

Schwerpunkt

**»Alternative für Deutschland«**

# »Fahrplan in ein anderes Deutschland«

In Stuttgart beschloss die »Alternative für Deutschland« ihr Grundsatzprogramm.

von **Andreas Speit**

Das Grußwort war mehr als eine höfliche Begrüßung. Auf dem fünften Bundesparteitag der »Alternative für Deutschland« (AfD) umriss Jörg Meuthen als Vorsitzender des gastgebenden Landesverbandes Baden-Württemberg in Stuttgart die programmatische Ausrichtung. Der dozierende Ton des Professors für Volkswirtschaftslehre ist seit den Landtagswahlkämpfen einer provokanten Pointierung gewichen. Die Sätze sind gezielt, die Worte bewusst gewählt. Die AfD müsse drei Strömungen in sich vereinen, sagte er: einen »modernen Konservatismus, konsequente Freiheitlichkeit und gesunden Patriotismus« – dafür erhielt er sofort den erhofften Applaus.

## **Selbstbewusstsein**

Am Wochenende des 30. April und des 1. Mai 2016 bekam Meuthen von den über 2.100 Mitgliedern und FörderInnen der Partei nach seiner Rede den lautesten Zuspruch. Die Gäste des AfD-Programmparteitags – zu meist Männer im mittleren und hohen Alter, meist im feinen Anzug oder schicken Casual-Look – standen auf, klatschen und skandierten »AfD, AfD, AfD«. Die Erfolge bei den Landtagswahlen am 13. März in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben das Selbstbewusstsein gestärkt. Auf der Bühne wechselten während der Reden auf einer Leinwand die Bilder der drei Spitzenkandidaten der letzten Wahlen: André Poggenburg, Uwe Junge und Jörg Meuthen mit den jeweiligen Wahlergebnissen: 24,3 Prozent, 12,6 Prozent und 15,1 Prozent. »Die Alternative für Deutschland ist spätestens seit diesem 13.3. eine feste parlamentarische Größe in Deutschland geworden«, sagt Meuthen, der nun auch Fraktionschef der AfD im Stuttgarter Landtag ist, unter Applaus und lobte die Streit- und Diskussionskultur in der Partei. Der 74 Seiten starke Entwurf für ein Grundsatzprogramm, über 1.400 Seiten mit Änderungsanträgen und drei Alternativentwürfe lagen dem Parteitag vor. »Ich bin heilfroh, dass wir im Vorfeld des Parteitages gestritten haben«, sagte der Bundessprecher und betonte, sich auf die Debatte zu freuen, denn es ginge um die »Partei-DNA«.

## **Rechtsruck**

Ein »Gruselparteitag« sei für ihn der CDU-Bundesparteitag im Dezember 2015 gewesen, als die Kanzlerin Angela Merkel nicht bloß ohne Diskussion eine falsche Linie vorgegeben hätte, sondern dafür auch noch zehn Minuten vorbestellten Applaus bekommen hätte. »Wir sind doch hier keine CDU-Duracel-Klatschhäschen«, sagte Meuthen – doch da standen auch schon die ersten Gäste auf und klatschten. Nach seiner Begrüßung mit Vorgabe der Linie sprach Frauke Petry. Die Bundessprecherin machte auf ihr Outfit aufmerksam: Grüner Blazer und roten Rock, statt wie sonst eine dunkelblaue Kombination. »Wir sollten alle Farben okkupieren«, sagte sie und erklärte, dass die politischen Farben so in Zukunft unwichtig würden und dann würden sie, »die Blauen«, das »neue Bunt mit allen Farben« okkupieren. Einzelne Lacher folgten. Im Saal war aber

schnell spürbar, dass nicht Petry sondern Meuthen die Begriffe definierte und den programmatischen Rahmen skizzierte. Schon im Vorfeld war das zu erkennen: Die konservative Tageszeitung »Frankfurter Allgemeine Zeitung« führte ein Interview mit Alexander Gauland und Meuthen über die Partei und ihre Politik während das Boulevard-Blatt »Bunte« ein Gespräch mit Petry und ihrem Lebenspartner Marcus Pretzell über deren neue Liebe führte.

Ohne Widerspruch des Parteitages erklärte Pretzell am Saalmikrofon, dass er als AfD-Europaabgeordneter der Fraktion »Europa der Nationen und der Freiheit« (»Europe of Nations and Freedom«) beitreten werde, die vom französischen »Front National« bestimmt wird. Eine politische Nähe, die die AfD früher mied. Doch mittlerweile ist das kein Problem mehr, rückte ja auch die gesamte Richtung der Partei und ihres Programms weit nach rechts. Gauland und Beatrix von Storch hatten schon vor dem Parteitag für die AfD »rechtspopulistisch« und »Anti-Islam-Partei« als Bezeichnung akzeptiert.

## **Streit um den Kurs**

Doch manchen geht der Kurs zu weit nach rechts. Unter anderem Dieter Stein, der auf dem Parteitag in der zweiten Reihe saß. Der Chefredakteur der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« warnt seit Monaten aus strategischen Gründen vor einem zu scharfen Rechtskurs. »Diese Selbstpositionierung als rechtspopulistisch ist reichlich dämlich«, sagte er bei einer Veranstaltung der AfD-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg. Im Saal wich er aus. Für- und Widerspruch hätte er auf seine Aussage erhalten, antwortete Stein auf Nachfrage. Am Eingang zum Bundesparteitag hatte die Wochenzeitung jedenfalls als einzige Nicht-Parteiorganisation einen großen Stand aufgebaut. Zumindest ein Beschluss dürfte Stein beruhigt haben. Mit 996 gegen 806 Stimmen beschloss der Parteitag, die saarländische AfD wegen Kontakten in die extreme Rechte aufzulösen.

## **»Links-rot-grün verseucht«**

In der Programmdebatte setzten sich überwiegend die rechteren Positionen durch. Einige Kernpunkte: »Der Islam gehört nicht zu Deutschland«, »Unregelte Asylzuwanderung« schade Deutschland, die Türkei soll kein Mitglied der EU werden, die EU soll zu Gunsten der nationalen Souveränität zurückgedrängt werden, die Zahl der Abtreibungen soll sinken und die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in seiner jetzigen Form. Schon bei der Begrüßung hatte Meuthen unter viel Applaus den Kurs skizziert: »Und geben wir Bundesjustizminister Maas einmal recht, aber ein einziges mal völlig recht. Er hat gestern verlauten lassen, unser Parteiprogramm sei ein 'Fahrplan in ein anderes Deutschland'. Liebe Parteifreunde, wo der Mann Recht hat, hat er Recht. (...) Und zwar in ein Deutschland weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland, vom dem wir die Nase voll haben«. Der Saal stand und Meuthen genoss den Applaus.



# Drei Jahre Rechtsruck

Schießbefehl, Zusammenarbeit mit dem »Front National« oder die Schließung der Außengrenzen. Die »Alternative für Deutschland« hat sich seit ihrer Gründung deutlich radikalisiert.

von Kai Budler

Nachdem 2010 das Buch »Deutschland schafft sich ab« des Sozialdemokraten Thilo Sarrazin erschienen war, ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »Emnid«, dass sich 18 Prozent der Befragten vorstellen könnten, eine Partei mit Sarrazin als Vorsitzenden zu wählen. Knapp ein Drittel dieser fiktiven WählerInnen hatten zu diesem Zeitpunkt »Die Linke« gewählt, 17 Prozent stammten aus dem Lager der CDU. Unterstützung hatte Sarrazin bereits ein Jahr zuvor von Hans-Olaf Henkel erhalten, dem ehemaligen Präsidenten des »Bundesverbandes der Deutschen Industrie« und Professor an der Universität Mannheim. Nach Sarrazins rassistischen Äußerungen ein Jahr zuvor in der Zeitung »Lette International« hatte Henkel dem Autoren den Rücken gestärkt und gesagt: »Auch persönlich wollte ich Ihnen noch einmal zurufen, dass ich Ihre Äußerungen ohne jedes Wenn und Aber unterstütze (...). Dass Sie sich auch in der Ausdrucksweise nicht vergriffen haben, liegt für mich ebenfalls auf der Hand.«

## Rechte Wahlalternative

Sein politisches Zuhause fand Henkel 2013 nach einem Umweg über die FDP und die »Bundesvereinigung Freie Wähler« im Bündnis »Wahlalternative 2013«, dessen Gründungsmitglied er war. In dem 2012 gegründeten »Verein zur Unterstützung der Wahlalternative 2013« fanden sich spätere Funktionäre der AfD, wie Konrad Adam, Bernd Lucke oder Alexander Gauland, die vor allem die Kritik an der Euro-Rettungspolitik einte. Zu den HauptunterzeichnerInnen der »Wahlalternative 2013« gehörte aber auch bereits Beatrix von Storch, Gründerin und Sprecherin des Kampagnennetzwerks »Zivile Koalition e. V.« mit der angeschlossenen »Initiative Familienschutz«, die vor allem durch homophobe Einstellungen und ein reaktionäres Frauen- und Familienbild aufgefallen war. Von Anfang an war die »Wahlalternative 2013« darauf ausgelegt, eine rechte Sammlungspartei zu initiieren und ging daher im Februar 2013 in der »Alternative für Deutschland« (AfD) auf. Wie bereits in der »Wahlalternative« waren die führenden Köpfe bei der Gründung Adam, Gauland und Lucke. Beim ersten offiziellen Auftritt der Partei wurden zusätzlich von Storch und Joachim Starbatty vom ehemaligen »Bund freier Bürger« als Führungspersonal präsentiert. Nur einen Monat später folgte der offizielle Gründungsparteitag, bei dem Lucke, Adam und Frauke Petry zu ParteisprecherInnen gewählt wurden. Im Mai 2013 hatte die AfD bereits Landesverbände in allen Bundesländern. Auf dem Gründungsparteitag in Berlin wurden auch das Bundestagswahlprogramm und die politischen Leitlinien der AfD verabschiedet. Bis zum Parteitag in Stuttgart Ende April 2016 waren sie das einzige offizielle Papier zur programmatischen Ausrichtung der Partei.

## Programm

Ein Blick in die Leitlinien zeigt, dass die AfD schon bei ihrer Gründung mitnichten eine Ein-Punkt-Partei mit Schwerpunkt »Eurokrise« war. Bereits damals war die Rede von der »Behinderung offener Diskussionsprozesse (political correctness)«, einer »Politik, die auf die Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt« oder »zunehmend verbreitete Tendenzen selbsternannter Gesinnungswächter« – gut bekannte Stichworte der Rechten. Nicht zu vergessen auch die migrationsfeindlichen bis rassistischen Thesen von Lucke, der 2013 Menschen aus Rumänien und Bulgarien als »eine Art sozialen Bodensatz« bezeichnete, »einen Bodensatz, der lebenslang in unseren Sozialsystemen verhardt«. Ähnlich deutlich war seine Aussage: »Das Problem sind eher Randgruppen wie Sinti und



▲ Aufmarsch der AfD im Oktober 2015 in Passau

Roma, die leider in großer Zahl kommen und nicht gut integrationsfähig sind.« Doch ihr Gebaren als »euroskeptische Professorenpartei« half der AfD vor allem bei den bevorstehenden Wahlen die in der Öffentlichkeit von einer emotionalen Diskussion über die Euro-Rettung begleitet wurde.

## Erste Erfolge

Während die neue Partei bei der Bundestagswahl und der Landtagswahl in Hessen 2013 noch knapp an der 5-Prozent-Hürde scheiterte, zog die AfD im Mai 2014 mit 7,1 Prozent und sieben Abgeordneten in das Europäische Parlament ein. Zu ihnen gehörten Lucke, Henkel, Bernd Kölmel, von Storch, Starbatty, Ulrike Trebesius und Marcus Pretzell. Ein beachtliches Ergebnis für eine Partei, die zum Zeitpunkt der Wahl gerade erst ihr einjähriges Jubiläum hinter sich hatte. Der Erfolg dürfte einer der Gründe für die Wahlergebnisse bei den im Herbst 2014 folgenden Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen gewesen sein. In alle drei Länderparlamente zog die Partei in Fraktionsstärke ein, mit 12,2 Prozent holte sie in Brandenburg ihr bis dahin bestes Ergebnis. In den Wahlkämpfen hatten die Landesverbände dort besonders mit zugespitzten Themen wie Zuwanderung, Law-and-Order, Islamfeindlichkeit und Nationalismus für sich geworben. Schon zu diesem Zeitpunkt hatte die AfD neben Parteien wie der NPD die stärkste Anziehungskraft für WählerInnen mit rassistischen Einstellungen. Laut der Studie »Die stabilisierte Mitte – Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014« lehnte die Hälfte der AfD-WählerInnen MigrantInnen ab und jedeR Dritte wünschte, dass Deutschland mehr Macht und Geltung bekomme.

## Am »rechtsradikalen« Rand

Laut einer Umfrage des Forsa-Instituts aus dem August 2014 betrachten 39 Prozent der Befragten die AfD »als eine Partei, die am rechts-





radikalen Rand angesiedelt ist«. Den Wahlergebnissen in den drei ostdeutschen Bundesländern hat das nicht geschadet. Sie sorgten für ein besonderes Gewicht der Landesverbände, die bis dahin am deutlichsten als rechtsaußen zu verorten waren. Gleichzeitig ermutigte der Einzug der AfD in Fraktionsstärke in drei Landtage all jene in der Partei, für die der Bundesvorsitzende Lucke zu »liberal« war. Die Vorsitzenden der drei erfolgreichen ostdeutschen Landesverbände, Gauland, Björn Höcke und Petry, nutzten den Rückenwind, um sich gegen den Bundesvorsitzenden Lucke in Stellung zu bringen. Besonders ihr positiver Bezug auf die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA) und ihre Aufmärsche sorgten gerade in den westdeutschen AfD-Verbänden für Kopfschütteln. Im März 2015 folgte mit der »Erfurter Resolution« eine weitere, dieses Mal eindeutige Kampfansage an den Kurs des Flügels um Lucke. Initiiert vom Thüringer Landespartei- und Fraktionschef Höcke und dem Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, kritisierten die UnterzeichnerInnen der Resolution den Umgang mit PEGIDA. Die Partei habe »sich von bürgerlichen Protestbewegungen ferngehalten und in vorauseilendem Gehorsam sogar distanziert, obwohl sich tausende AfD-Mitglieder als Mitdemonstranten oder Sympathisanten an diesen Aufbrüchen beteiligen«, heißt es in dem Papier, das auch eine Anpassung an den etablierten Parteibetrieb anprangert. Zudem verlasse die AfD ihren Kurs »als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender-Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usf.)« und als »Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands«. Zu den ErstunterzeichnerInnen der Resolution gehörte neben Höcke und Poggenburg auch Gauland. Insgesamt stellten sich knapp 2.000 UnterstützerInnen hinter diese Positionen.

### Rechter Flügel

Auf Grundlage der Resolution versammelten sich die rechten Teile der Partei unter dem Namen »Der Flügel«, der im Juni 2015 zu seinem Treffen am Kyffhäuser-Denkmal in Thüringen einlud. Die Veranstaltung mit Rednern vom rechten Rand dürfte auch als Vorbereitung auf den Bundesparteitag in Essen im Juli 2015 in gedient haben, bei dem die Entscheidung über den künftigen Bundesvorstand und die Ausrichtung der Partei anstanden. Unterstützung erhielt »Der Flügel« von rechten Netzwerken in der Partei, wie der »Patriotischen Plattform«, dem Jugendverband »Junge Alternative« (JA) und der Vereinigung »Christen in der AfD«. Der interne Machtkampf führte auf dem Parteitag in Essen schließlich zur Abwahl des bisherigen Bundesvorsitzenden. 60 Prozent gaben der Vorsitzenden des sächsischen Landesverbandes, Petry, ihre Stimme; Lucke erhielt nur noch 38,1 Prozent. Als zweiter Parteisprecher wurde Jörg Meuthen aus dem Landesverband Baden-Württemberg gewählt. Petry bezeichnete den Parteitag als »Befreiungsschlag«, der die Partei »von einem selbstzerstörerischen Machtkampf« erlöst habe.

### Rechte Mobilisierungen

Doch die von Petry proklamierte »Befriedung der Partei« trat auch für die neue Bundesvorsitzende nicht ein, denn der rechte Flügel machte auch ihr Druck – allen voran Höcke und sein Thüringer Landesverband. Die größten Aufmärsche im Rahmen der von der Bundespartei ausgerufenen Aktionen gegen die gestiegene Zahl von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen fanden in Erfurt statt und orientierten sich an den PEGIDA-Aufmärschen in Dresden. Dabei wurden Kontakte zu Strukturen der extremen Rechten und der »Neuen Rechten« immer deutlicher. So machte beispielsweise Höcke aus seinen Auftritten beim neu-rechten »Institut für Staatspolitik« von Götz Kubitschek keinen Hehl. Schon im September 2015 hatte der Thüringer AfD-Chef erklärt, die Arbeit im Parlament bringe die AfD nicht weiter. Deshalb habe er seiner »Fraktion auch den Auftrag erteilt: Raus auf die Straße!«. Spätestens seitdem gilt er als Vorreiter der Partei auf dem Weg hin zu einer »rechten APO«, als die sich auch die AfD in Sachsen-Anhalt um Poggenburg vor der Landtagswahl 2016 begriff.

### Keine Abgrenzung nach rechts

Höcke sieht seine Partei als »grundsätzliche Opposition zum verbrauchten Altparteien-Kartell«, die sich mit »Totalversagern« nicht gemein machen dürfe. Für den früheren Geschichtslehrer braucht es dafür innerhalb und außerhalb Deutschlands starke PartnerInnen, unter anderem bei PEGIDA, die er als »außerparlamentarische Vorfeldorganisation« bezeichnet, ohne die »die AfD nicht dort wäre wo sie jetzt ist«. Zu den PartnerInnen der AfD gehöre auch die rechtspopulistische FPÖ, ihr dankte Höcke »für die Politik der Obergrenzen und der Grenzkontrolle«. In der Reihe der »gleichgestimmten und gleichgesinnten Partner« steht für ihn auch der extrem rechte »Front National« (FN) aus Frankreich. Statt des Trennenden müsse hier das Gemeinsame herausgestellt werden. Bereits am folgenden Tag stießen die Landesvorsitzenden Gauland aus Brandenburg und Poggenburg aus Sachsen-Anhalt ins gleiche Horn. Poggenburg kann mit gesundem Selbstbewusstsein zum Bundesparteitag nach Stuttgart fahren, immerhin wurde seine Partei bei der Wahl in Sachsen-Anhalt mit 24,3 Prozent zur zweitstärksten Fraktion im Landtag. Dementsprechend will er die Position seines Landesverbandes in der Bundespartei gewürdigt wissen. »Ich denke, unser Stellenwert in der Bundespartei ist im Vergleich gesehen höher als unser Mitgliederanteil«, sagte er dem MDR kurz vor dem Parteitag. Auch Höcke hat seinen Einfluss geltend gemacht und gegen die Bundesvorsitzende Petry opponiert. Entgegen ihrer Aussage, es müsse eine »rote Linie« zur Abgrenzung nach rechts geben, sagte er der Tageszeitung »Thüringer Allgemeine«, er sehe »keine Notwendigkeit für die AfD, sich grundsätzlich für einen bestimmten Kurs zu entscheiden. (...) Die Partei muss sich möglichst breit aufstellen und das Beste aus konservativen, liberalen und sozialen Traditionen in einem neuen Patriotismus verbinden«.

# Aufstieg der AfD

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) ist mittlerweile in der Hälfte aller deutschen Landesparlamente vertreten. Bei den drei vergangenen Landtagswahlen im Jahr 2016 gaben vor allem bislang »Nicht Wählende« der Partei ihre Stimme. Wenn am 4. September in Mecklenburg-Vorpommern gewählt wird, könnte die AfD auf 16 Prozent und am 18. September in Berlin auf 9 Prozent kommen. Bundesweit würde sie, laut allen Meinungsforschungsinstituten, mindestens 13 Prozent der Stimmen bekommen.

Die AfD hat aktuell 20.120 Mitglieder, davon sind 81 Prozent Männer. Das Durchschnittsalter liegt bei 47 Jahren – jünger als bei allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Mehr als 250.000 Menschen haben bei Facebook »Gefällt mir« für sie gedrückt – mehr als bei jeder anderen deutschen Partei.

Die AfD hat zurzeit zwei Abgeordnete im Europaparlament: Beatrix von Storch und Marcus Pretzell. Bernd Lucke, Hans-Olaf Henkel, Bernd Kölmel, Joachim Starbatty und Ulrike Trebesius sind von der AfD zur Gruppe »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (Alfa) gewechselt.

## AfD-Abgeordnete in:

### Sachsen-Anhalt

1. Gottfried Backhaus; 2. Matthias Büttner; 3. Jens Diederichs; 4. Robert Farle; 5. Lydia Funke; 6. Andreas Gehlmann; 7. Thomas Höse; 8. Oliver Kirchner; 9. Hagen Kohl; 10. Mario Lehmann; 11. Matthias Lieschke; 12. Hannes Loth; 13. Willi Mittelstädt; 14. Andreas Mrosek; 15. Volker Olenicak; 16. André Poggenburg; 17. Alexander Raue; 18. Daniel Rausch; 19. Tobias Rausch; 20. Daniel Roi; 21. Sarah Sauermann; 22. Jan Schmidt; 23. Ulrich Siegmund; 24. Marcus Spiegelberg; 25. Hans-Thomas Tillschneider

### Baden-Württemberg

1. Rainer Balzer; 2. Anton Baron; 3. Christina Baum; 4. Lars Patrick Berg; 5. Heinrich Fiechtner; 6. Wolfgang Gedeon; 7. Bernd Gögel; 8. Bernd Grimmer; 9. Stefan Herre; 10. Rüdiger Klos; 11. Heinrich Kuhn; 12. Claudia Martin; 13. Heiner Merz; 14. Jörg Meuthen; 15. Thomas Axel Palka; 16. Rainer Podeswa; 17. Stefan Räßple; 18. Daniel Rottmann; 19. Emil Sänze; 20. Hans Peter Stauch; 21. Udo Stein; 22. Klaus-Günther Voigtman; 23. Carola Wolle

### Sachsen

1. André Barth; 2. Mario Beger; 3. Silke Grimm; 4. Carsten Hütter; 5. Andrea Kersten; 6. Kirsten Muster; 7. Frauke Petry; 8. Detlev Spangenberg; 9. Jörg Urban; 10. André Wendt; 11. Gunter Wild; 12. Karin Wilke (nachgerückt für Stefan Dreher, der auf sein Mandat 2015 verzichtete); 13. Sebastian Wippel; 14. Uwe Wurlitzer

### Rheinland-Pfalz

1. Uwe Junge; 2. Joachim Paul; 3. Jan Bollinger; 4. Michael Frisch; 5. Heribert Friedmann; 6. Sylvia Groß; 7. Matthias Joa; 8. Damian Lohr; 9. Jürgen Klein; 10. Gabriele Bublies-Leifert; 11. Martin Schmidt; 12. Iris Nieland; 13. Timo Böhme; 14. Jens Ahnemüller

### Brandenburg

1. Birgit Bessin; 2. Andreas Galau; 3. Alexander Gauland; 4. Thomas Jung; 5. Andreas Kalbitz; 6. Steffen Königer; 7. Christina Schade; 8. Sven Schröder; 9. Rainer van Raemdonck; 10. Franz Josef Wiese

\*Ehemals elf Abgeordnete: Stefan Hein wurde aus der Fraktion ausgeschlossen.

### Thüringen

1. Stephan Brandner; 2. Jörg Henke; 3. Corinna Herold; 4. Björn Höcke; 5. Olaf Kießling; 6. Wiebke Muhsal; 7. Stefan Möller; 8. Thomas Rudy

\*Ehemals elf Abgeordnete: Siegfried Gentele, Jens Krumpe, Oskar Helmerich (jetzt SPD) sind ausgetreten.

### Hamburg

1. Bernd Baumann; 2. Dettlef Ehlebracht; 3. Joachim Körner; 4. Jörn Kruse; 5. Dirk Nockemann; 6. Andrea Oelschläger; 7. Alexander Wolf

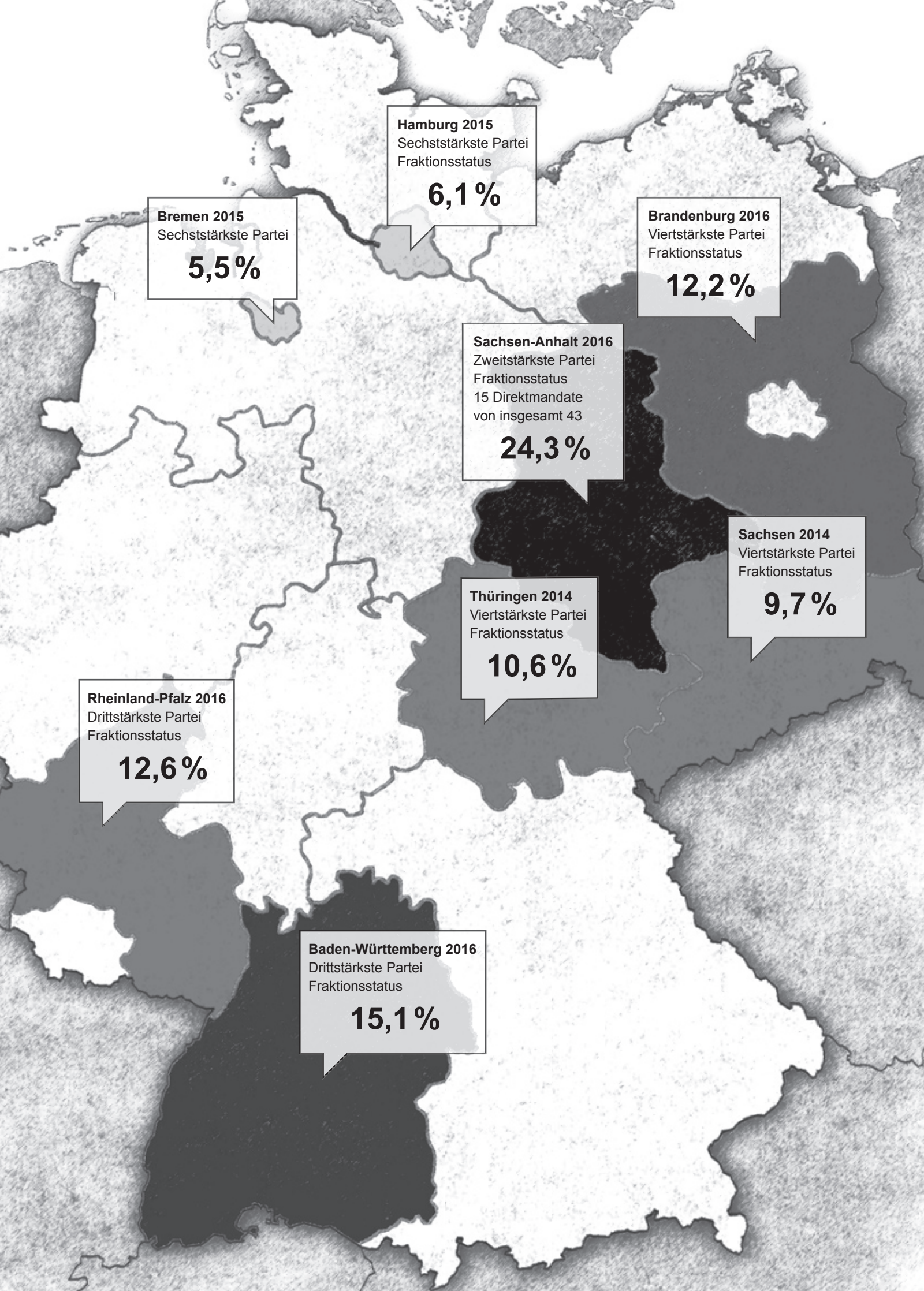
\*Ehemals acht Abgeordnete: Ludwig Flocken hat die Fraktion verlassen.

### Bremen

1. Alexander Tassis

\*Ehemals vier Abgeordnete: Piet Leidreiter, Klaus Remkes und Christian Schäfer sind jetzt bei der »Gruppe Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (Alfa). Derzeit prüft der Staatsgerichtshof, ob die SPD einen Sitz verliert und an die AfD abgeben muss, da es 2015 zu gravierenden Fehlern bei der Stimmenausschüttung kam.







alexander häusler/fabian virchow (hrsg.)

## neue soziale bewegung von rechts?



zukunftsängste  
abstieg der mitte  
ressentiments

VSA:

eine flugschrift

Ein Anstoß zur vertiefenden Auseinandersetzung mit dem Phänomen eines neuen Rechtsrucks, dessen Dynamik und politische Zukunftsdimensionen der Aufmerksamkeit einer kritischen Öffentlichkeit bedürfen.

Alexander Häusler/Fabian Virchow (Hrsg.)

### Neue soziale Bewegung von rechts?

Zukunftsängste | Abstieg der Mitte | Ressentiments

Eine Flugschrift

132 Seiten | € 11.00 | ISBN 978-3-89965-711-1

Dass die »Flüchtlingsfrage« und »der Islam« zur Projektionsfläche von Ängsten und Ressentiments werden konnten, hat mit tiefer liegenden ökonomisch-sozialen Problemlagen zu tun. Die Erosion der gesellschaftlichen Mitte und daraus resultierende Abstiegsängste sind ein zentraler Faktor. Die Verhältnisse zementieren Ungleichheit und beschneiden Chancengleichheit. Dieser Trend wird von rechts genutzt zur Entfaltung eines autoritär-nationalistischen Aufstands. Die neue rechte Bewegung droht zu einem Faktor zu werden, der das bisherige Gefüge grundlegend nach rechts verschieben könnte.

**Alexander Häusler** ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter, Prof. Dr. **Fabian Virchow** Leiter des Forschungsschwerpunkts »Rechtsextremismus und Neonazismus« der Hochschule Düsseldorf.

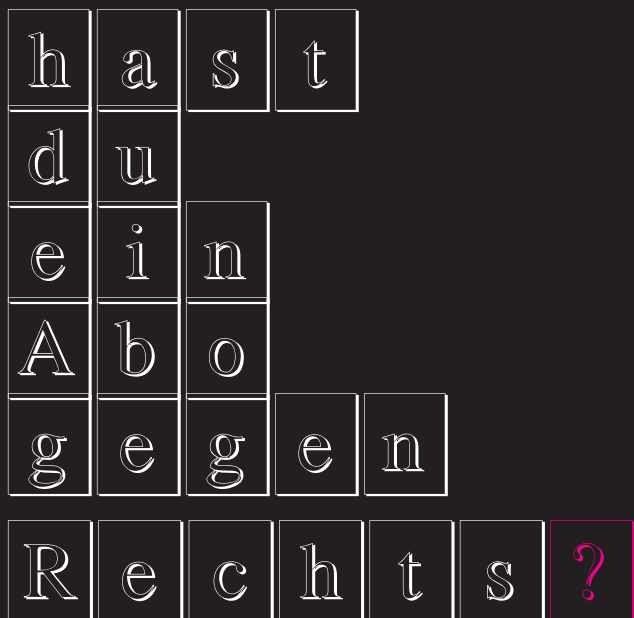


Joachim Bischoff/  
Elisabeth Gauthier/  
Bernhard Müller  
**Europas Rechte**  
Das Konzept des  
»modernisierten«  
Rechtspopulismus  
Eine Flugschrift  
132 Seiten |  
€ 11.00 | ISBN  
978-3-89965-663-3



Alexander Häusler/  
Rainer Roeser  
**Die rechten  
»Mut«-Bürger**  
Entstehung, Ent-  
wicklung, Personal  
& Positionen der  
»Alternative  
für Deutschland«  
160 Seiten |  
€ 12.80 | ISBN  
978-3-89965-640-4

**VSA: Verlag** | St. Georgs Kirchhof 6 | 20099 Hamburg | [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de) | [www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)



[www.der-rechte-rand.de](http://www.der-rechte-rand.de)

RechercheAnalysePerspektive  
das magazin von und für ANTIFASCHISTINNEN